

**Mitteilung – zur Kenntnisnahme –**

**Jahresbericht 2020 über die Praxis der Telefonüberwachung nach §§ 100a, 100e StPO  
(Keine uferlose Telefonüberwachung (1) – Transparenz und Kontrolle in Berlin  
sicherstellen)**

Drucksachen 15/1679 und 15/3141



Der Senat von Berlin  
JustVA III C 6 – 4104/1/2  
Telefon: 9013 (913) 3016

An das  
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

M i t t e i l u n g  
- zur Kenntnisnahme -

über Jahresbericht 2020 über die Praxis der Telefonüberwachung nach §§ 100a, 100e StPO (Keine uferlose Telefonüberwachung (1) – Transparenz und Kontrolle in Berlin sicherstellen) - Drucksachen Nrn. 15/1679 und 15/3141 -

---

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung vom 23. September 2004 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus über die Verfassungswirklichkeit aller aufgrund bundesgesetzlicher oder landesgesetzlicher Regelungen angeordneten Telefonkontrollen in Berlin einen jährlichen Bericht zu geben. In diesem Bericht sollen zumindest die folgenden Angaben enthalten sein:

- Zahl der TÜ-Maßnahmen und der überwachten Anschlüsse;
- Zahl der abgelehnten Entscheidungen;
- Zahl der betroffenen Personen;
- Angabe der verfolgten Straftaten;
- Zahl der tatsächlich abgehörten Gespräche und – wenn möglich – Personen;
- Zahl und Dauer der angeordneten Verlängerungen der Maßnahme.“

Hierzu wird berichtet:

Die Generalstaatsanwaltschaft und die Staatsanwaltschaft Berlin haben entsprechend dem Berichtsauftrag folgende tabellarische Übersichten übermittelt:

## Jahresübersicht zu Maßnahmen nach § 100a Strafprozessordnung StPO

<b>1. Staatsanwaltschaft</b>		Land Berlin
<b>2. Berichtsjahr</b>		2020
<b>3. Anzahl der Verfahren</b> , in denen im Berichtsjahr Maßnahmen nach <b>§ 100a Abs. 1 StPO</b> angeordnet wurden		333
<b>4. Anzahl der Überwachungsanordnungen</b> unterschieden nach		
4.1	Erstanordnungen	1087
4.2	Verlängerungsanordnungen	271
<b>5. Anzahl der Eingriffe in ein vom Betroffenen genutztes informationstechnisches System</b> <b>gem. § 100a Abs. 1 Sätze 2 und 3*</b>		
5.1	Im richterlichen Beschluss angeordnet	0
5.2	Tatsächlich durchgeführt	0
<b>6. Anlassstrafataten nach Maßgabe der Unterteilung in § 100a Abs. 2 StPO</b> (Mehrfachnennung möglich)		
6.1.a	Straftaten des Friedensverrats, des Hochverrats und der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates sowie des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a StPO)	12
6.1.b	Abgeordnetenbestechung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b StPO)	0
6.1.c	Straftaten gegen die Landesverteidigung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe c StPO)	0
6.1.d	Straftaten gegen die öffentliche Ordnung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe d StPO)	23
6.1.e	Geld- und Wertzeichenfälschung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe e StPO)	9
6.1.f	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe f StPO)	7

6.1.g	Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe g StPO)	1
6.1.h	Mord und Totschlag (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe h StPO)	136
6.1.i	Straftaten gegen die persönliche Freiheit (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe i StPO)	45
6.1.j	Bandendiebstahl, Wohnungseinbruchdiebstahl und schwerer Bandendiebstahl (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe j StPO)	185
6.1.k	Straftaten des Raubes und der Erpressung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe k StPO)	76
6.1.l	Gewerbsmäßige Hehlerei, Bandenhehlerei und gewerbsmäßige Bandenhehlerei (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe l StPO)	20
6.1.m	Geldwäsche und Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe m StPO)	52
6.1.n	Betrug und Computerbetrug (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe n StPO)	163
6.1.o	Subventionsbetrug (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe o StPO)	0
6.1.p	Sportwettbetrug und Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe p StPO)	1
6.1.q	Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe q StPO)	19
6.1.r	Straftaten der Urkundenfälschung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe r StPO)	9
6.1.s	Bankrott (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe s StPO)	0
6.1.t	Straftaten gegen den Wettbewerb (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe t StPO)	0
6.1.u	Gemeingefährliche Straftaten (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe u StPO)	6
6.1.v	Bestechlichkeit und Bestechung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe v StPO)	22
6.2.a	Steuerhinterziehung unter den in § 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 5 AO genannten Voraussetzungen (§ 100a Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a StPO)	13
6.2.b	Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel nach § 373 AO (§ 100a Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b StPO)	3
6.2.c	Steuerhehlerei im Falle des § 374 Abs. 2 AO (§ 100a Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe c StPO)	33
6.3	Anti-Dopinggesetz: Straftaten nach § 4 Abs. 4 Nr. 2 b (§ 100a Abs. 2 Nr. 3 StPO)	0
6.4.a	Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragsstellung nach § 84 Abs. 3 AsylG (§ 100a Abs. 2 Nr. 4 Buchstabe a StPO)	0

6.4.b	Gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragsstellung nach § 84a AsylG (§ 100a Abs. 2 Nr. 4 Buchstabe b StPO)	0
6.5.a	Einschleusen von Ausländern nach § 96 Abs. 2 AufenthG (§ 100a Abs. 2 Nr. 5 Buchstabe a StPO)	32
6.5.b	Einschleusen mit Todesfolge und gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen nach § 97 AufenthG (§ 100a Abs. 2 Nr. 5 Buchstabe b StPO)	10
6.5a	Ausgangsstoffgesetz (AusgStG) Straftaten nach § 13 Absatz 3 (§ 100a Abs. 2 Nr. 5a StPO) (ab 01.02.2021)	0
6.6	Außenwirtschaftsgesetz: vorsätzliche Straftaten nach den §§ 17 und 18 (§ 100a Abs. 2 Nr. 6 StPO)	0
6.7.a	Straftaten nach einer in § 29 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 Betäubungsmittelgesetz in Bezug genommenen Vorschrift unter den dort genannten Voraussetzungen (§ 100a Abs. 2 Nr. 7 Buchstabe a StPO)	36
6.7.b	Straftaten nach den §§ 29a, 30 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 sowie den §§ 30a und § 30b Betäubungsmittelgesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 7 Buchstabe b StPO)	395
6.8	Grundstoffüberwachungsgesetz: Straftaten nach § 19 Abs. 1 unter den in § 19 Abs. 3 Satz 2 genannten Voraussetzungen (§ 100a Abs. 2 Nr. 8 StPO)	0
6.9.a	Kriegswaffenkontrollgesetz: Straftaten nach § 19 Abs. 1 bis 3 und § 20 Abs. 1 und 2 sowie § 20a Abs. 1 bis 3, jeweils auch in Verbindung mit § 21 (§ 100a Abs. 2 Nr. 9 Buchstabe a StPO)	0
6.9.b	Kriegswaffenkontrollgesetz: Straftaten nach § 22a Abs. 1 bis 3 (§ 100a Abs. 2 Nr. 9 Buchstabe b StPO)	9
6.9a (!)	Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz: Straftaten nach § 4 Abs. 3 Nr. 1 a (§ 100a Abs. 2 Nr. 9a StPO)	0
6.10.a	Völkermord nach § 6 VStGB (§ 100a Abs. 2 Nr. 10 Buchstabe a StPO)	0
6.10.b	Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7 VStGB (§ 100a Abs. 2 Nr. 10 Buchstabe b StPO)	0
6.10.c	Kriegsverbrechen nach den §§ 8 bis 12 VStGB (§ 100a Abs. 2 Nr. 10 Buchstabe c StPO)	0
6.10.d	Verbrechen der Aggression nach § 13 VStGB (§ 100a Abs. 2 Nr. 10 Buchstabe d StPO)	0
6.11.a	Straftaten nach § 51 Abs. 1 bis 3 Waffengesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 11 Buchstabe a StPO)	21
6.11.b	Straftaten nach § 52 Abs. 1 Nr. 1, 2 Buchstabe c und d sowie Abs. 5 und 6 Waffengesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 11 Buchstabe b StPO)	17

Anzahl der Betroffenen i.S.d. § 100a Abs. 3 StPO	506
Zahl der überwachten Anschlüsse	1.687
Zahl der ablehnenden Entscheidungen	0
Zahl der tatsächlich abgehörten Gespräche	37.279
Zahl und Dauer der angeordneten Verlängerungen der Maßnahmen	12 x 1 Monat 4 x 2 Monate 249 x > 2 Monate

Die Zahl der tatsächlich abgehörten Gespräche stellt im Berichtsjahr 2020 mit 37.279 den niedrigsten Wert innerhalb der letzten 13 Jahre dar und ist gegenüber dem Vorjahr um nahezu 500.000 Gespräche gesunken.

Es ist jedoch anzumerken, dass statistisch nur solche aufgezeichneten Gespräche erfasst werden können, die noch leitungsvermittelt erfolgen (analog/ISDN/GSM). Aufgrund des Umstands, dass eine weitgehende Umstellung auf IP-basierte Anschlüsse zu verzeichnen ist und die alte Vermittlungstechnik kaum noch zum Einsatz kommt, ist ein Vergleich zu den Zahlen der Vorjahre nur noch bedingt möglich.

Die Zahl der überwachten Anschlüsse ist seit dem Jahr 2013 (2.948) kontinuierlich gesunken und liegt nun bei 1.687.

Während die Erstanordnung einer TKÜ-Maßnahme gem. §100a StPO auf höchstens drei Monate befristet sein muss, kann das Gericht die Anordnung - auch mehrfach - verlängern, immer aber nur um höchstens (weitere) drei Monate. In Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft Berlin ergingen im Berichtsjahr 2020 insgesamt sechs Verlängerungsanordnungen, wobei in drei Fällen die Maßnahmen nach § 100a StPO um drei Monate und in den übrigen drei Fällen um zwei Monate verlängert wurden. Insgesamt wurde 271-mal eine Verlängerungsanordnung für TKÜ-Maßnahmen der beiden Strafverfolgungsbehörden durch ein Gericht beschlossen, was in etwa dem Vorjahresniveau (269) entspricht.

Wie bereits in den Vorjahren erfolgten die mit Abstand meisten Abhörmaßnahmen im Zusammenhang mit Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (Ziff. 6.7.b). Im Berichtsjahr 2020 ist die Zahl der Anlassstraftaten aus diesem Deliktsbereich (395) im Vergleich zum Vorjahr (372) leicht angestiegen.

Bei den Anlassstaten für Überwachungsmaßnahmen nehmen weiterhin Eigentumsdelikte in der Erscheinungsform des Bandendiebstahls (Ziff. 6.1.j) einen herausragenden Platz gegenüber anderen Delikten ein. Hierunter fallen auch bandenmäßige Einbruchstaten. Die Zahl dieser Anlassstaten liegt mit 185 nur geringfügig über der des Vorjahres (2019: 177).

Deutlich höhere Zahlen waren jedoch noch in den Jahren 2017 (271) und vor allem im Berichtsjahr 2015 (446) zu verzeichnen.

Die Zahl der Anlassstraftaten aus dem Bereich der vorsätzlichen Tötungsdelikte (Ziff. 6.1.h) ist mit 136 die niedrigste der letzten fünf Jahre (162 im Jahre 2019, 161 im Jahr 2018, 158 Taten im Jahr 2017 und 160 Anlassstraftaten im Jahr 2016).

Weder in den 313 Verfahren der Staatsanwaltschaft noch in den 20 Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, in denen Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung im Jahr 2020 beantragt wurden, erging eine ablehnende Gerichtsentscheidung.

Von Maßnahmen der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (§ 100a Absatz 1 Satz 2 und 3 StPO – sog. „Quellen-TKÜ“) wurde im Jahr 2020 in Berlin kein Gebrauch gemacht (vgl. Ziff. 5 der Jahresübersicht).

Rechtsgrundlage:

§ 30 Abs. 1, 3 bis 7 GGO II

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

Keine.

Berlin, den 19. Oktober 2021

Der Senat von Berlin

Michael Müller  
Regierender Bürgermeister

Dr. Dirk Behrendt  
Senator für Justiz, Verbraucherschutz  
und Antidiskriminierung